

Krise der Vorstädte oder Krise der Gesellschaft?

Georg Glasze, Mélina Germes und Florian Weber ■ *Brennende Autos, gewalttätige Jugendliche, überforderte Sicherheitskräfte und ratlose Politiker – seit den Unruhen im November 2005 in Frankreich ist die so genannte „crise des banlieues“, die Krise der Vorstädte, auch in den deutschen Medien zu einem Thema geworden. Deutsche Zeitungen erklären das französische Integrationsmodell, das noch 1998 anlässlich der Fußballweltmeisterschaft als Vorbild für Deutschland gepriesen worden war, für gescheitert¹. Medien und Innenpolitiker fragen besorgt, ob auch in Deutschland vergleichbare Krisen zu befürchten sind². Aber was steckt überhaupt hinter dem Schlagwort der „Krise der Vorstädte“? ■*

1 Einleitung: Krise der Vorstädte?

Neu ist das Thema in Frankreich nicht: Bereits seit den 1980er-Jahren war es mehrfach in den Großwohnsiedlungen der Vorstädte zu Unruhen gekommen. Allerdings erreichten die Ausschreitungen im Herbst 2005 ein bis dahin unbekanntes Ausmaß: Innerhalb von drei Wochen wurden landesweit fast 10.000 private Fahrzeuge und mehrere Dutzend Busse in Brand gesteckt sowie mehrere hundert öffentliche und private Gebäude teilweise oder ganz zerstört. Die Gesamtschäden beliefen sich auf ca. 200 Millionen Euro. Fast dreitausend Personen wurden von der Polizei festgenommen. Anders als in früheren Jahren waren die Unruhen 2005 nicht lokal begrenzt. Am 8. November griff die französische Regierung auf ein Notstandsgesetz aus dem Algerienkrieg zurück und verhängte über zahlreiche Départements den Ausnahmezustand, womit unter anderem nächtliche Ausgangssperren verbunden waren. Die Tatsache, dass das Innenministerium am 17. November eine Zahl von 100 bis 150 brennenden Autos pro Nacht als Rückkehr zum Normalzustand bezeichnete, verdeutlicht das Ausmaß der Unruhen (Giraud 2006; Mauger 2006; Mucchielli 2006)³.

Betrachtet man, wie die Ursachen und Hintergründe der Aufstände im Jahr 2005 in der öffentlichen Diskussion in Frankreich beschrieben werden, dann lassen sich drei Argumentationsstränge identifizieren:

- Erstens, dass sich städtebauliche und sozio-ökonomische Problemlagen in den Großwohnsiedlungen konzentrieren und daher die städtebauliche und sozialpolitische In-

tervention auf Problemviertel fokussiert werden müsse. So schreibt der Journalist Grégoire Allix am 6. Dezember 2005 in Le Monde: „Nach dem Ausbruch der Gewalt an den Stadträndern werden von neuem der Städtebau und die Architektur der Großwohnsiedlungen angeklagt.“⁴

- Zweitens, dass die Hintergründe der Unruhen vor allem in der Delinquenz⁵ jugendlicher Banden in den Vorstädten zu suchen sei. Der damalige Innenminister Nicolas Sarkozy sagt beispielsweise am 19. November 2005 der Nachrichtenagentur Agence France-Presse (AFP): „Der wichtigste Grund für die Hoffnungslosigkeit in den Vierteln ist der Drogenhandel, das Gesetz der Banden, die Diktatur der Angst.“⁶

- Und schließlich das Argument, das die Ursache der Krise in der mangelhaften Integration ethnisch beziehungsweise religiös definierter Gruppen in den Banlieues verortet wird. Beispielsweise meint der französische Philosophieprofessor Alain Finkielkraut am 18. November 2005 in einem Interview mit der israelischen Zeitung Haaretz, welches später auch in Frankreich publiziert wurde: „In Frankreich würde man gerne die Unruhen auf ihre sozialen Hintergründe reduzieren (...) Das Problem ist, dass die meisten dieser Jugendlichen schwarz oder arabisch sind und sich mit dem Islam identifizieren.“⁷

Der Beitrag stellt zunächst vor, wovon in Frankreich überhaupt die Rede ist, wenn über Banlieues gesprochen wird und skizziert die städtebauliche Entwicklung der französischen Vorstädte. Anschließend arbeitet der Text heraus, dass das erste Argu-

ment einer Konzentration städtebaulicher und sozio-ökonomischer Problemlagen die Etablierung der *Politique de la ville* Ende der 1970er-Jahre legitimiert hat: Die *Politique de la ville* zielt in wechselnden Schwerpunktsetzungen auf die städtebauliche und sozialstaatliche Förderung spezifischer, staatlich definierter Problemviertel. Von einer Lösung scheint die *Krise der Vorstädte* aber heute weit entfernt. Seit den 1990er-Jahren werden die Banlieues zunehmend mit Unsicherheit und Kriminalität verknüpft. Gleichzeitig werden die Banlieues als Orte des Fremden beschrieben – und dies insbesondere seit den Unruhen im Herbst 2005.

Vor dem Hintergrund dieser drei skizzierten Argumentationsstränge diskutiert der Beitrag die Frage, inwieweit die Krise lediglich als eine Krise bestimmter Orte, also der Vorstädte, definiert werden kann oder ob dabei nicht gesamtgesellschaftliche Probleme verräumlicht werden und die Unruhen treffender als Ausdruck und Konsequenz einer gesamtgesellschaftlichen Krise zu beschreiben sind.

2 Die Entwicklung der französischen Vorstädte

2.1 Bedeutungswandel des Begriffs Banlieue im Zuge der Verstädterung im 19. und 20. Jahrhundert

Der Begriff *Banlieues* wird nicht einheitlich gebraucht und war nicht schon immer negativ aufgeladen. Im Mittelalter war *Banlieues* eine juristische Bezeichnung, zusammengesetzt aus dem germanischen Wort *Bann* und dem lateinischen *leuga*, was zu *lieue* wurde. In den noch heute vorhandenen Aufzeichnungen wird er in seiner französischen Schreibweise erstmals Ende des 12. Jahrhunderts verwendet. Gemeint war ein Gebiet, das in etwa einer Stunde zu Fuß durchquert werden konnte und auf dem eine Stadt Einfluss hatte, auf dem also der Bann des Stadtherrn ausgeübt werden konnte.

Mit der Urbanisierung im 19. Jahrhundert ändert sich der Gebrauch des Wortes *Banlieues*. Zunehmend werden die verstädterten Bereiche außerhalb der Zentren als *Banlieues* bezeichnet. Der städtebauliche Umbau des Zentrums von Paris unter dem Präfekten Baron Haussmann hatte in Frankreich die Funktion der Innenstädte (und dabei insbesondere von Paris) als Wohnsitz der Oberschicht gestärkt. In den neuen Vorstädten, insbesondere vor den Toren von Paris, fanden hingegen die vielfach vergleichs-

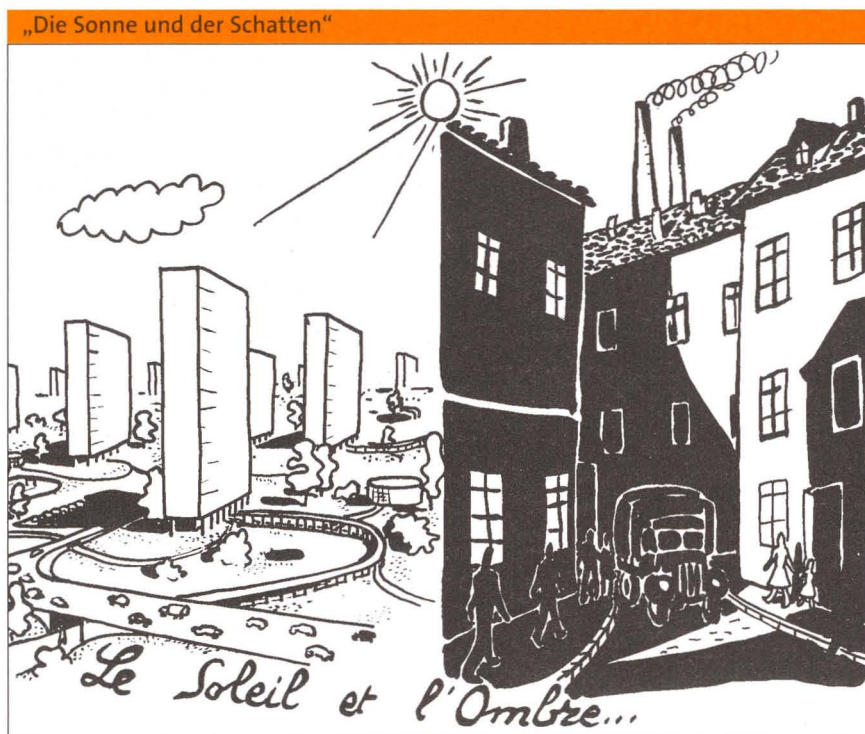


Abb. 1 Werbung für den Neubau von Großwohnsiedlungen (am Beispiel von Planungen der französischen Besatzungsverwaltung für den Wiederaufbau von Mainz)
Quelle: Durth und Gutschow 1988

zum Erliegen gebracht, und die unmittelbare Nachkriegszeit war von einer Konzentration auf Infrastrukturmaßnahmen geprägt gewesen, was eine große Wohnungsnot zur Folge hatte. Als Reaktion auf diese Wohnungskrise setzten französische Regierungen ab Mitte der 1950er-Jahre auf den Großwohnsiedlungsbaus (Boyer 2000, S. 21–31; Paulet 2004, S. 25–30; Soullignac 1993, S. 51–80; Vieillard-Baron 1999, S. 62–74; Weber 2007, S. 3). Mit den industriell gefertigten Großwohnsiedlungen wurde es möglich, rasch viel Wohnraum zu schaffen. Zwischen 1956 und 1975 entstanden in Frankreich 8,5 Millionen Wohnungen; die Wohnungsnot konnte damit entscheidend reduziert werden.

Die *Cités*, die Großwohnsiedlungen, entsprachen den zeitgenössischen Vorstellungen von Wandel und Moderne, angelehnt an die Konzepte des Bauhauses um Walter Gropius sowie die Leitbilder des Schweizer Architekten Le Corbusier, der in der Charta von Athen eine klare Trennung der Funktionen Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Verkehr vorgeschlagen hatte (vgl. Abb. 1 und 2 sowie Kasten 1).

Sozialpolitisch verkörperten die Großwohnsiedlungen den Glauben an eine Stadt, die eine „vereinte Gesellschaft“ schaffen könne (Donzelot 2004, S. 16). Es entstanden die *Grands ensembles*, die Hochhaustürme und Hochhausriegel, wie beispielsweise die Siedlung *Cités des 4000* im Norden von Paris (siehe Abb. 3 und 4 sowie Kasten 1), mit für die damalige Zeit komfortablen Appartements, funktionellem Aufbau, modernen sanitären Einrichtungen und im Gegensatz zu den alten Städten erheblich mehr Grünflächen.

Je größer eine *Cité*, desto moderner galt sie. Die Bewohnerschaft der *Cités* war in den 1960er-Jahren sozio-ökonomisch deutlich gemischter als heute und umfasste auch Haushalte der Mittelschicht, die in den *Cités* moderne und komfortable Wohnungen fanden (Donzelot 2006, S. 44–48; Le Goaziou und Rojzman 2001, S. 9–12; Vieillard-Baron 1999, S. 62–91).

2.3 Abwertung und Stigmatisierung der Großwohnsiedlungen seit Ende der 1960er-Jahre

Die bauliche und soziale Abwertung der französischen Großwohnsiedlungen hat mehrere Ursachen. Galten die Großwohnsiedlungen zunächst als Zeichen der Moderne und des Fortschritts, offenbarten sich nach und nach bauliche Missstände und Ausstattungsmängel. Zudem sind die neuen

Gesellschaftlicher Aufbruch in einer neuen *Cité* in der *Banlieue* von Paris



„Ich bin nach Grigny gekommen, um ein komfortableres Apartment zu bekommen, da ich in einem alten Gebäude im siebten [Pariser] Arrondissement gewohnt habe, das wirklich in einem schlechten Zustand war. Ich kannte Grigny durch Zeitungswerbungen. Ich habe mir das Verkaufsbüro angesehen – das sah nicht schlecht aus (...)“ (Aussage eines Bewohners).⁹

„Grigny II bietet dem Paradox Beton-Glück die Stirn und überwindet es, Grigny II senkt die Preise auf spektakuläre Weise, wobei gleichzeitig der Lebensstandard auf un-erwartete Weise angehoben wird“ (Auszug aus der Werbekampagne für eine neu errichtete *Cité*)¹⁰.

Abb. 2 Quelle: Internetseite der Stadt Grigny, www.grigny91.fr/histoire/28.htm, 12.08.2008

weise armen Zuwanderer aus der französischen Provinz Unterkunft (Le Goaziou und Rojzman 2001, S. 5; Vieillard-Baron 1996, S. 12–17 und 1999, S. 7–15). Der Begriff *Banlieues* wird in dieser Zeit mit Zuwanderung und Armut konnotiert.

In der modernen Raumplanung des 20. Jahrhunderts beschreibt *Banlieues* die „äußeren Teile einer urbanen Agglomeration“⁸ (George 1974, zit. aus Boyer 2000, S. 14) und wird damit als Restgröße gefasst (Boyer 2000, S. 15–16; Vieillard-Baron 1996, S. 17–24). Ab den 1970er-Jahren wird *Banlieues* in zunehmenden Maße synonym verwendet für die *cités*, die Großwohnsiedlungen in den französischen Vorstädten, und gleichzeitig immer stärker negativ konnotiert (Boyer 2000, S. 13–20; Castro 2007, S. 21–24; Paulet 2004, S. 107–116; Vieillard-Baron 1994).

2.2 Die Entstehung der Großwohnsiedlungen (*cités*) in den französischen Vorstädten

Mit der einsetzenden Land-Stadt-Wanderung wuchsen in Frankreich ab Mitte des 19. Jahrhunderts Vorstädte um die historischen Kernstädte, die zum einen von den neuen Industriebetrieben und zum anderen von neuen Wohnvierteln geprägt werden (Soullignac 1993, S. 81–114; Vieillard-Baron 1999, S. 48–53). Im Vergleich zu Deutschland verlief die Land-Stadt-Wanderung in Frankreich aber zunächst langsamer und setzte in großem Umfang erst unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg ein (Pletsch 1997, S. 20–26). Die Weltwirtschaftskrise und der Zweite Weltkrieg hatten den Neubau von Wohnungen aber fast

Die Cité des 4000 im Norden von Paris

Die Cité des 4000 liegt nördlich von Paris im Département Seine-Saint-Denis und ist ein Teil der Stadt La Courneuve. Ihr Name leitet sich von der Anzahl der Wohneinheiten ab, die in der Gründungsphase der Großwohnsiedlung entstanden. Begrenzt wird die Siedlung im Norden und Süden durch zwei Autobahnen und eine Bahnlinie. Eine Nationalstraße durchteilt die Siedlung in ein nördliches (les 4000 Nord) und ein südliches Viertel (les 4000 Sud). Die Cité des 4000 entstand ab 1959 und ist ein typisches Beispiel für den Großwohnsiedlungsbau in Frankreich. Sie bestand ursprünglich aus mehreren Hochhausriegeln mit 15 Etagen, kleineren Hochhausriegeln mit vier Etagen und einem Hochhaus mit 26 Etagen. Das Viertel bot anfänglich für die damalige Zeit guten Wohnkomfort, jedoch kamen sehr schnell bauliche Mängel zum Vorschein. Die Betonbauteile waren in einem experimentellen Verfahren vor Ort gegossen worden und passten bereits nach kurzer Zeit nicht mehr optimal zu einander, sodass sie schlecht isolieren, wasserdurchlässig wurden und heute teilweise mit Hilfskonstruktionen zusammengehalten werden müssen. Die Bewohnerschaft der Cité des 4000 setzte sich anfänglich aus traditionellen Arbeiterhaushalten aus La Courneuve und aus Arbeitsmigranten aus Südeuropa und Nordafrika zusammen. Darüber hinaus bot die Cité zahlreichen Bewohnern

von Elendssiedlungen (bidonvilles), die nach dem Krieg im Pariser Norden entstanden waren, eine angemessene Unterkunft. Heutzutage wohnen vor allem Familien mit afrikanischem Migrationshintergrund (Maghrebstaaten und subsaharisches Afrika) in der Cité des 4000. Seit der Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre und der Schließung der Industriebetriebe im Pariser Norden ist Arbeitslosenquote in der Cité des 4000 weit überdurchschnittlich.

Seit 1977 wird die Cité des 4000 im Rahmen der Politique de la ville gefördert (Details siehe Kapitel 3; Avery 1997; Berthelot 1997; Paulet 2004, S. 81). Im südlichen Teil der Cité des 4000 werden seit 1986 nach und nach die Hochhausriegel abgerissen. Bis 2010 soll auch noch einer der beiden bislang verbliebenen Hochhausriegel verschwinden, der zu einem Synonym für Drogenhandel und Kriminalität geworden ist. Neben Abriss und Neubau kleinerer Mehrfamilienhäuser wird die verbleibende Bausubstanz saniert. Darüber hinaus werden Mittel der Politique de la ville für die Verbesserung des Wohnumfeldes (Platzgestaltung, Begrünung etc.) und die Stärkung des lokalen Einzelhandels verwendet. Im nördlichen Teil wird dagegen bisher wenig investiert. Angesichts des angespannten Wohnungsmarktes im Großraum Paris erweisen sich Umsiedlungen als schwierig, sodass hier die meisten Hochhäuser erhalten und nach und nach saniert werden sollen.



Abb. 4 Zerstörung der Hochhausriegel „Ravel“ und „Presov“ in der Cité des 4000
Quelle: Thinard 2008

Siedlungen vielfach schlecht mit Freizeit- und Versorgungseinrichtungen ausgestattet und nur unzureichend an den ÖPNV angebunden.

Die soziale Abwertung der Cités wurde durch zwei Wanderungsprozesse forciert: Die Wanderung wohlhabender Schichten zum einen im Zuge der in den 1970er-Jahren einsetzenden Wohnsuburbanisierung in Einfamilienhausgebiete in die Peripherie sowie zum anderen ab den 1980er-Jahren im Zuge der so genannten Gentrifizierung in die auch durch staatliche Maßnahmen aufgewerteten Altstädte (Castro 2007, S. 25–40; Donzelot 2004, S. 25–37; Vieillard-Baron 1999, S. 142–171; Weber 2007, S. 6–7). Die neuen Eigenheime in den Zones pavillonnaires außerhalb der traditionellen Banlieues bieten die Möglichkeit, eigenen Wohnraum nicht nur zu mieten, sondern zu kaufen. Sie versprechen Familien Freiraum für ihre Kinder bei gleichzeitiger Anbindung über Autobahnen und teilweise öffentlichen Nahverkehr an die Zentren (Donzelot 2004, S. 25–31 und 2006, S. 50–51). Im Zuge der Gentrification (Dangschat 1988), also des Zuzugs einkommensstärkerer Bevölkerungsgruppen in die historischen Kernstädte kommt es zu einer Verdrängung einkommensschwächerer Haushalte. Letztere können sich die steigenden Mietpreise der Innenstädte nicht mehr leisten und sind teilweise gezwungen, in Sozialwohnungen in die Großwohnsiedlungen der Banlieues zu ziehen (Donzelot 2004, S. 31–37; Vieillard-Baron 1999, S. 142–171; Weber 2007, S. 6–7).

In den Großwohnsiedlungen bleiben die Bevölkerungsteile zurück, die weder die finanziellen Möglichkeiten haben, in die Innenstadt zu ziehen, noch ein Haus im suburbanen Raum zu bauen. Gleichzeitig trifft der wirtschaftliche Strukturwandel mit dem Verlust zahlreicher Arbeitsplätze für Geringqualifizierte in der Industrie gerade die Haushalte, die sich in den Großwohnsiedlungen konzentrieren (Donzelot 2006, S. 77–82; Merlin 1998, S. 91–97) – mit negativen Folgen für die lokale Kaufkraft und

Kasten 1

Die Lage der Cité des 4000

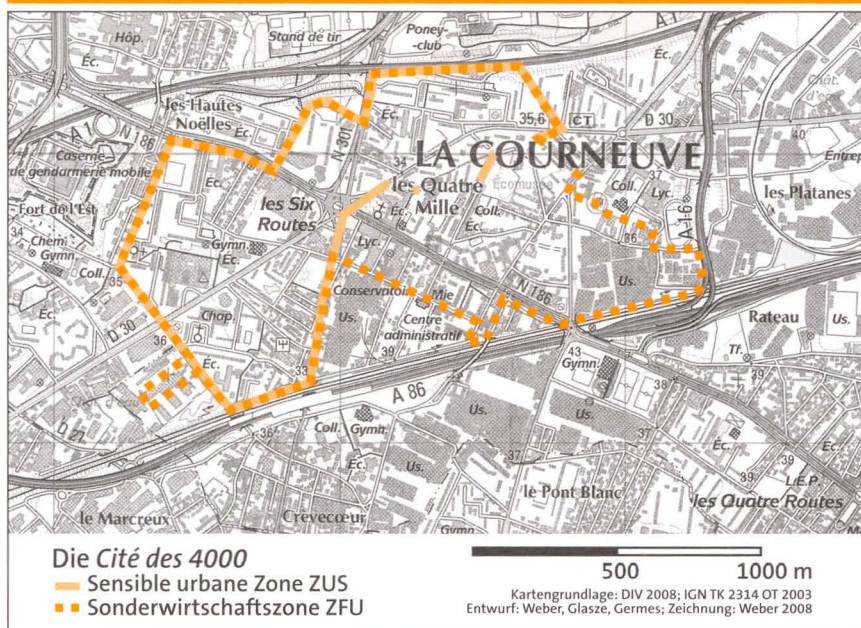


Abb. 3

damit für die Finanzierung der lokalen Versorgungsinfrastruktur.

Eng verschränkt ist die zunehmende sozio-ökonomische Segregation mit Problemen der gesellschaftlichen Integration von Immigranten sowie den Nachkommen von Immigranten. In der Wirtschaftswunderzeit der 1950er- und 1960er-Jahren wurden aus südeuropäischen Staaten (Spanien, Italien, Portugal) und ab den 1960er-Jahren vor allem aus den ehemaligen Kolonien und Mandatsgebieten im Maghreb und dem subsaharischen Afrika zahlreiche ungelernte Arbeitskräfte für die französische Industrie angeworben. Mit der Wirtschaftskrise der 1970er-Jahre und dem anschließend beschleunigten Strukturwandel werden jedoch immer weniger ungelernte Arbeitskräfte benötigt. Während dabei den meisten Zuwandern aus Südeuropa dennoch ein gewisser sozialer Aufstieg in Frankreich gelingt, sind insbesondere die Migranten aus dem Maghreb und dem subsaharischen Afrika sowie ihre Nachkommen von Arbeitslosigkeit betroffen. In den Sozialwohnungen der Großwohnsiedlungen konzentrieren sich daher in zunehmenden Maße Haushalte mit Migranten beziehungsweise Nachkommen von Migranten aus den Maghrebstaaten und dem subsaharischen Afrika (Boyer 2000, S. 83–90; Castro 2007, S. 81–88; Cubero 2002, S. 59–64; Lagrange und Oberti 2006; Vieillard-Baron 1999, S. 142–172; Weber 2007, S. 6–7). Die Großwohnsiedlungen werden zu Vierteln, in denen einkommensschwache Gruppen wohnen, die zudem vielfach auf dem freien Wohnungsmarkt und dem Arbeitsmarkt auf der Basis ihrer Hautfarbe(n) und/oder Familiennamen benachteiligt werden. Die *Cités* werden von „Orten der Moderne“ zu „Orten der sozialen Exklusion“ (Delarue 1991; Donzelot 2004, S. 18–19; Vieillard-Baron 1999, S. 142–171).

3 Die Politique de la ville – territoriale Förderstrategien als Problemlösung?

3.1 Die Etablierung der area-basierten Stadtpolitik als politisches Handlungsfeld

In den 1970er-Jahren wurden die Großwohnsiedlungen erstmals zum Ziel einer spezifischen areabasierten Stadtpolitik. Der damalige Premierminister Raymond Barre wandte sich 1977 an die Präfekten der Départements und leitete die Maßnahmen *Habitat et vie sociale* (HVS) ein, die auf eine Verbesserung der Bausubstanz sowie der

Die Zones Urbaines Sensibles (ZUS) in Frankreich

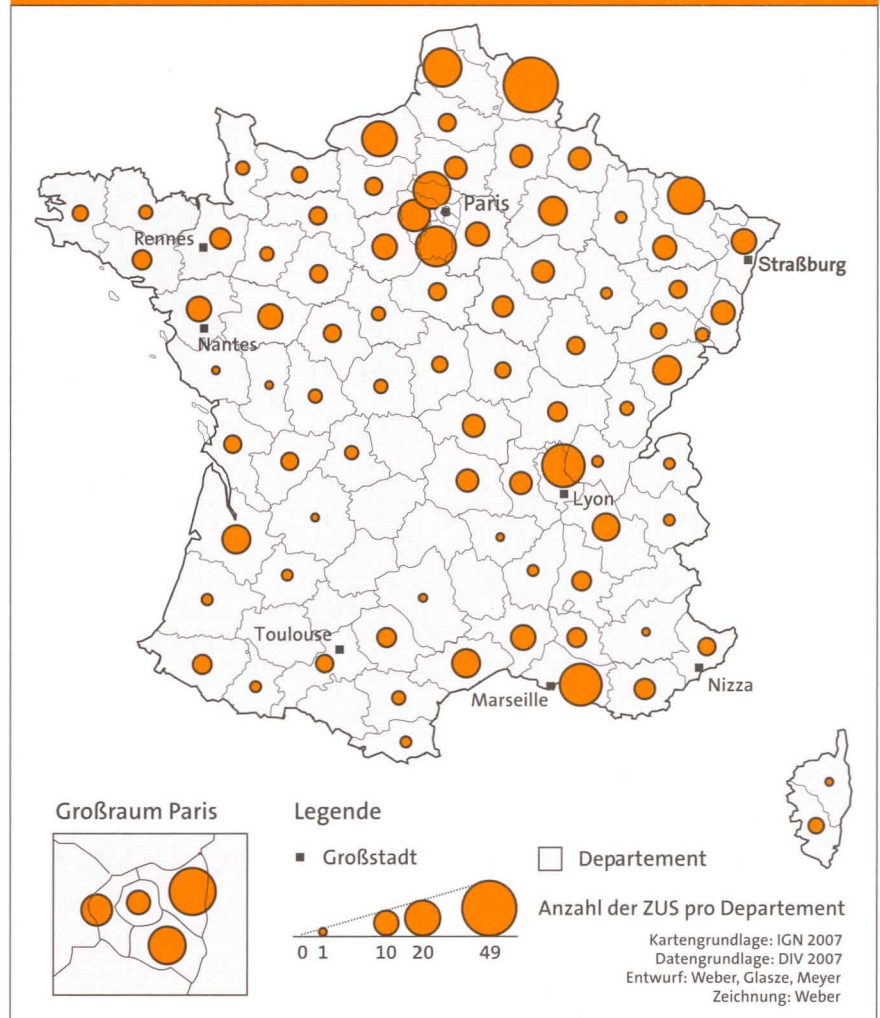


Abb. 5

Kriterium	Gesamtfrankreich	ZUS
Arbeitslosigkeit	13,4 %	26,1 %
Schulabgänger ohne Abschluss	20,7 %	34,0 %
alleinerziehende Eltern	13,3 %	24,0 %
Sozialwohnungsmieter	16,0 %	58,9 %
Ausländerquote	5,5 %	16,0 %

Tab. 1: Vergleich der ZUS mit dem nationalen Durchschnitt, Werte bezogen auf das Jahr 1999, ermittelt durch das nationale Statistikinstitut INSEE

Quelle: SIG DIV 2008

sozialen und kulturellen Infrastruktur in bestimmten Großwohnsiedlungen zielten (Anderson und Vieillard-Baron 2003, S. 22). Von 1977 bis 1980 wurden zunächst 53 territorial exakt definierte Stadtviertel bestimmt, die jeweils 350 bis 1.800 Wohneinheiten umfassten. Ziel war die städtebauliche Sanierung der *Grands ensembles* sowie eine „Stärkung des gesellschaftlichen Lebens“ (Bauhardt 2005, S. 393–395; Vieillard-Baron 1999, S. 173–175).

1981 kommt es zu den ersten größeren Jugendunruhen in den Großwohnsiedlungen Vénissieux und Vaulx-en-Velin in der *Banlieue* von Lyon (Cubero 2002, S. 98). Durch die Unruhen erhöht sich der politische Druck.

Die bisherigen Maßnahmen werden ausgeweitet. Das Programm HVS wird 1983 durch das Programm *Développement social des quartiers* (DSQ) abgelöst, die Anzahl der Fördergebiete erhöht und der Fokus stärker auf soziale Maßnahmen gelegt. Gleichzeitig werden zu Beginn der 1980er-Jahre die ersten Hochhausriegel abgerissen und Stockwerke abgetragen – die noch vor wenigen Jahren als modern und zukunftsweisend errichteten *Grands ensembles* gelten bereits als städtebauliche Fehler (Cubero 2002, S. 100–103; Merlin 1998, S. 134–136; Vieillard-Baron 1999, S. 175–176).

Parallel zur städtebaulichen Förderung einzelner Viertel werden ab 1981 Zonen mit

vordringlichem Handlungsbedarf im Bildungssektor (ZEP, *zones d'éducation prioritaires*) definiert. Die Auswahl der ZEP erfolgt über statistische Indikatoren wie die sozio-ökonomische Situation der Eltern, der Prozentsatz ausländischer Schüler in den Klassen und der Bildungsrückstand der Schüler. Schulen innerhalb der ZEP erhalten zusätzliche Finanzmittel, Lehrer in diesen Schulen bekommen Gehaltszulagen. Die staatliche Definition von Problemschulen verstärkt allerdings die Stigmatisierung dieser Schulen. Gerade zahlreiche gut gebildete Eltern entwickeln Strategien, um ihre Kinder, die nach dem Territorial- beziehungsweise Wohnortprinzip eigentlich in eine ZEP-Schule gehen sollten, in eine andere Schule zu schicken. Gleichzeitig sind die ZEP-Schulen bei vielen Lehrern unbeliebt, so dass dort vielfach vor allem junge und wenig erfahrene Lehrer unterrichten (Anderson und Vieillard-Baron 2003, S. 29–30; Bauhardt 2005, S. 396).

1984 beginnt die „Vertraglegung“ (*contractualisation*) der *Politique de la ville*, in dem das *Développement social des quartiers* (DSQ) in die Politik der Dezentralisierung in Frankreich eingebunden wird. In Verträgen zwischen dem Staat, den Regionen und den Kommunen wird die Durchführung und Finanzierung von spezifischen Sanierungs- und Revitalisierungsprogrammen in wiederum genau definierten „Problemvierteln“ festgeschrieben. Die Gebiete sind dabei wiederum größer als bei dem vorherigen Programm HVS und betreffen Komplexe mit 5.000 bis 10.000 Wohneinheiten. Dieses System wird 1988 weiter ausgebaut und seitdem von der *Délégation Interministérielle à la Ville* (DIV), einem interministeriellen Zusammenschluss, koordiniert (Weber 2007, S. 14–16).

3.2 Ausbau der *Politique de la ville* seit den 1990er-Jahren

1996 wird im Rahmen des Programms *pacte de relance pour la ville* (PRV) der areabasierte Ansatz der Stadtpolitik festgeschrieben und erweitert. Es werden drei Stufen von Zonen etabliert: Die „sensiblen städtischen Zonen“ (*zones urbaines sensibles* ZUS) weisen dabei die geringste Konzentration sozio-ökonomischer Problemlagen auf, es folgen die „Zonen urbaner Redynamisierung“ (*zones de redynamisation urbaine* ZRU) und die „urbanen Sonderwirtschaftszonen“ (*zones franches urbaines* ZFU).

Die Bestimmung der ZUS erfolgt über verschiedene Merkmale, wie dem Anteil der Großwohnsiedlungen am Gesamtwohn-

nungsbestand, der Bauqualität und dem Grad des Ungleichgewichts zwischen Einwohnern und Arbeitsplätzen, wobei für die ZUS keine eindeutigen Schwellenwerte definiert wurden. Seit 2003 sind 751 ZUS ausgewiesen, die 4,7 Millionen Bewohner umfassen – etwa acht Prozent der französischen Bevölkerung (Abb. 5 und Tab. 1).

Die Auswahl der beiden anderen Zonierungstypen erfolgt über statistische Kennziffern: Unter anderem werden für die ZRU und ZFU die Arbeitslosenquote, der Anteil an Jugendlichen unter 25 Jahren, die Schulabbrecherquote sowie die Finanzlage der Kommunen herangezogen. Die 2003 definierten einhundert ZFU weisen dabei die höchste Konzentration sozio-ökonomischer Problemlagen auf. In diesen städtischen Sonderwirtschaftszonen sollen Unternehmen durch Steuererleichterungen angelockt werden (Direction des Journaux Officiels 1996, S. 16656; DIV 2003, S. 1–2; Donzelot 2004, S. 24, 2006, S. 71; Jacquesson 2006; Vieillard-Baron 1999, S. 177).

Die Intervention der *Politique de la ville* fokussiert in hohem Maße auf die *Cités* in den traditionellen *Banlieues* der französischen Ballungsräume. So konzentrieren sich im

Großraum Paris beispielsweise die Zonen der *Politique de la ville* nordöstlich und südlich der Innenstadt, das heißt auf die Großwohnsiedlungen in den traditionellen Arbeitervorstädten (vgl. Abb. 6).

Die *Politique de la ville* versucht über die Förderung spezifischer Viertel, die stark unterdurchschnittliche sozio-ökonomische Durchschnittswerte aufweisen, deren Niveau an das der Gesamtstadt anzupassen. Sie bricht damit in gewisser Weise mit dem republikanischen Ideal der staatlichen Gleichbehandlung – allerdings werden nicht benachteiligte Individuen (wie beispielsweise im US-amerikanischen Ansatz der *Affirmative action*), sondern benachteiligte Stadtteile gefördert.

Ein Gesetz aus dem Jahr 1991 kann als Versuch gewertet werden, sich von dem territorialen Ansatz der *Politique de la ville* zu lösen und den räumlichen Segregationsprozess aufzubrechen. Das „Orientierungsgesetz für die Stadt“ (*loi d'orientation pour la ville*) sieht vor, dass jede Gemeinde mit mehr als 3.500 Einwohnern, die in einer Agglomeration von mehr als 200.000 Einwohnern liegt, einen Sozialwohnungsbestand von mindestens zwanzig Prozent vorweisen

Die Zones Urbaines Sensibles (ZUS) und Zones Franches Urbaines (ZFU) im Großraum Paris

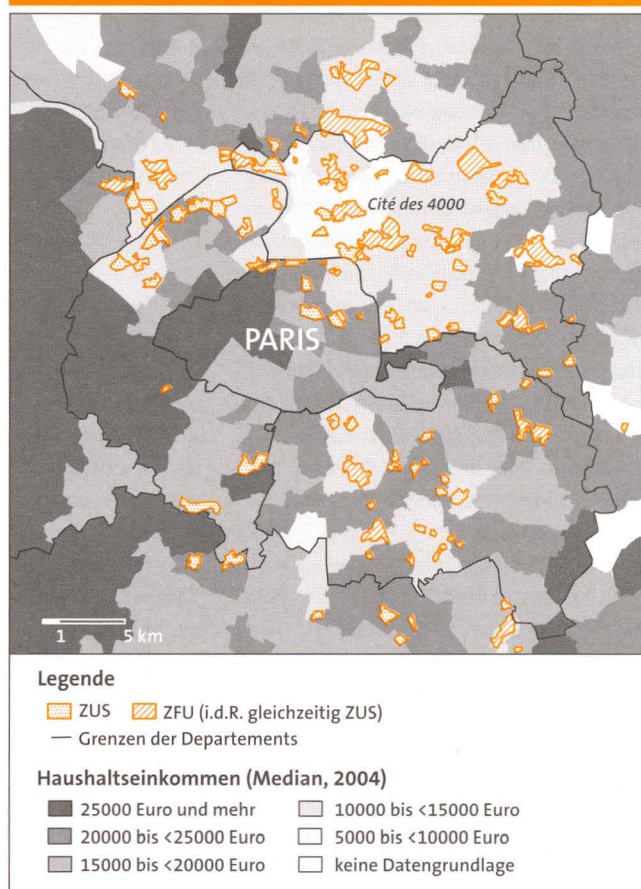


Abb. 6 Kartengrundlage: SIG DIV 2008; Entwurf: Weber, Glasze, Germes; Zeichnung: Weber

muss. Da allerdings keine entsprechenden Ausführungsverordnungen verabschiedet wurden, konnten keine finanziellen Strafen bei Missachtung erhoben werden, wodurch das Gesetz weitgehend wirkungslos blieb (DIV 2005, S. 4; Donzelot 2006, S. 99–112; Weber 2007, S. 14–16). Im Jahr 2000 wird das Gesetz LOV erneut aufgegriffen. Mit Hilfe des „Gesetzes zur Solidarität und zur urbanen Erneuerung“ (*loi relative à la solidarité et au renouvellement urbain*, loi SRU) sollen ab dem Jahr 2000 alle Kommunen mit mehr als 3.500 Einwohnern, die Teil einer Agglomeration von mehr als 50.000 Bewohnern sind, mindestens zwanzig Prozent Sozialwohnungen aufweisen – ansonsten droht eine jährliche finanzielle Zwangsabgabe. Das Gesetz wird jedoch von zahlreichen kleinen wohlhabenden Gemeinden im Umland der Städte unterlaufen. Diese verweisen auf vermeintlich fehlende Bauflächen für Sozialwohnungen oder zahlen eher die Zwangsabgabe als die fehlenden Sozialwohnungen in ihrer Gemeinde zu errichten – insgesamt wird der Ansatz weitgehend als gescheitert beurteilt (Subra 2006).

Neuere Projekte reproduzieren weitgehend traditionelle Ansätze der *Politique de la ville*. Wiederum werden enorme Summen in städtebauliche Veränderungen in bestimmten Zonen investiert. Durch das Gesetz *Borloo* aus dem Jahr 2003 wird wieder verstärkt am baulichen Zustand der Großwohnsiedlungen angesetzt und ein massiver Abriss und Neubau eingeleitet. Die Anfang 2007 in Kraft getretenen Stadtverträge für sozialen Zusammenhalt (*contrats urbains de cohésion sociale*, CUCS), die heute etwa 2.200 Viertel betreffen und die die vorherigen Vertraglegungen (*plan État-Région* und *contrats de ville*) ablösen, beinhalten zwar vielfältige soziale Zielvorstellungen, erhalten aber nur vergleichsweise geringe finanzielle Mittel (Avenel 2004, S. 99–120; Boyer 2000, S. 122–155; DIV 2006a, 2006b und 2007; Donzelot 2006, S. 61–112; Jaillet 2003).

4 Die zunehmende Konstitution der Banlieues als Orte von Unsicherheit und Fremdheit

Seit den 1990er-Jahren werden die *Banlieues* in zunehmendem Maße mit Unsicherheit und Fremdheit verbunden, so wie in einem Zitat des damaligen, sozialistischen Innenministers Jean-Pierre Chevènement vom 25. Oktober 1997¹¹: „Und wie soll man übersehen, dass die Sicherheit in der

Regel am stärksten in den am deutlichsten benachteiligten Gebieten unserer Städte und *Banlieues* bedroht ist – dort, wo die Integration der Jugendlichen in die Republik und besonders der Jugendlichen mit ausländischer Herkunft den meisten Hindernissen begegnet, dort wo die republikanischen Werte am wenigsten verstanden werden, weil sie so weit von der Realität entfernt erscheinen?“

Ganz ähnlich argumentiert auch sein konservativer Nachfolger, der spätere Präsident, Nicolas Sarkozy, 2005¹²: „Die Realität unserer *Banlieues* sieht so aus, dass wir akzeptiert haben, dass sich das Gesetz der Banden zum Nachteil desjenigen der Republik durchsetzt, dass die Menschen in dauerhafter Angst vor den Drogendealern und den Nutznießern des Drogenhandels leben (...). Was unsere Sicherheitspolitik angeht, so haben wir ein Zeichen gesetzt: Es muss diesbezüglich eine absolute Handlungspriorität des Staates in diesen Vierteln geben. Die Wiederherstellung der Sicherheit ist der unverzichtbare Grundstein für den Erfolg aller Schritte zur Integration und zur Chancengleichheit ...“

In beiden Zitaten wird eine Opposition hergestellt zwischen der Französischen Republik mit ihren Regeln, ihrer Identität und ihren Werten auf der einen Seite und auf der anderen Seite den Jugendlichen in den *Banlieues*, fremder Herkunft und Kultur, nicht integriert, potenziell oder tatsächlich delinquent. Der französische Staat interveniert danach als „Träger der republikanischen Werte und der Ordnung“ in den als „fremd und unsicher“ beschriebenen *Banlieues*. Die *Banlieues* werden so als Orte der Fremdheit und Unsicherheit konstituiert.

4.1 Die Banlieues als Orte von Unsicherheit und die Konstitution neuer Sicherheitspolitiken

Als das zentrale Problem der Vororte wird seit den 1990er-Jahren die Delinquenz vor allem Jugendlicher beschrieben. Neben der *Politique de la ville* werden in diesem Kontext zahlreiche neue Sicherheitspolitiken etabliert, die alle einen dezidiert raumorientierten Ansatz verfolgen, das heißt, auf eine Überwachung und Kontrolle spezifischer Räume zielen (grundsätzlich zur Problematik einer zunehmenden „Raumorientierung“ neuer Sicherheitspolitiken: Glasze, Pütz und Rolfes 2005; Belina 2006). Dabei lassen sich vier Aspekte differenzieren:

- Es besteht ein breiter Konsens, dass die Polizeipräsenz in „Problemvierteln“ ausgebaut werden soll. Kontrovers diskutiert

wird allerdings, ob die Rolle der Polizei dabei eher präventiv oder repressiv ausgerichtet werden soll (Mouhanna 2008). So werden Anfang der 1990er-Jahre mehrere tausend *Adjoints de sécurité* als minimal ausgebildete Hilfspolizisten zum gesetzlichen Mindestlohn eingestellt, die zu einer Art Selbstkontrolle in den Vierteln beitragen sollen. Als Baustein einer *Police de proximité* (eine Art Nachbarschaftspolizei) sollen sie auf der Basis eines engen Kontakts mit der Bevölkerung für Sicherheit sorgen. Mit dem Regierungswechsel 1993 kam es zu einem Strategiewechsel hin zu einer eher repressiven Polizeiarbeit. Seit 1995 wurden neue Polizeibrigaden etabliert, die mit Gummigeschützen und Elektroschockwaffen für den Kampf gegen die – so zahlreiche konservative Politiker¹³ – „urbane Guerilla“ gerüstet werden. Einige Wissenschaftler sprechen vor diesem Hintergrund gar von Militarisierung der Sicherheitspolitiken in den *Banlieues* (z. B. Rigouste 2008).

- Seit 1997 sollen Polizei, Justiz, Kommunal- und Schulverwaltung in lokalen Sicherheitsverträgen (*contrats locaux de sécurité*, CLS) im Sinne der Kriminalprävention zusammenarbeiten. Dabei werden besonders viele CLS in den *Banlieues* der Großstädte abgeschlossen¹⁴ – Sicherheit wird auch hier wieder als ein Problem spezifischer Stadtviertel gefasst (Lévy 2002; Bonelli 2008).
- Es werden neue Gesetze erlassen, die vormals als Ordnungswidrigkeit behandelte Taten als Straftat fassen. Auch hier lässt sich eine Orientierung auf bestimmte Räume beobachten. So sieht beispielsweise ein Gesetz aus dem Jahr 2002 (*Loi d'orientation et de programmation pour la sécurité intérieure*) vor, dass „bedrohliche oder feindliche Versammlungen in den Eingangshallen von Gebäuden“¹⁵ als Delikt behandelt werden können.
- Darüber hinaus wurden seit 1989 neue Organisationen etabliert, welche Öffentlichkeit und Politik regelmäßig über die Sicherheitslage und die Polizeiarbeit informieren sollen (*Institut des Hautes Études de Sécurité Intérieure*, 2004 umbenannt in *Institut National des Hautes Etudes de Sécurité*). Das 2003 geschaffene *Observatoire National de la Délinquance* (Nationale Beobachtungsstelle für Delinquenz) veröffentlicht regelmäßig Statistiken über die Aktivitäten der Polizei (erfasste und aufgeklärte Straftaten). Die Daten werden dabei nach Polizeibezirken differenziert. Nach Mucchielli (2008) führen diese Statistiken dazu, dass sich die Poli-

zei weniger um komplizierte Straftaten mit vielfach geringer Aufklärungsquote kümmert (z. B. Wirtschaftskriminalität, organisiertes Verbrechen) und verstärkt auf leichter aufzuklärende kleinere Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konzentriert (z. B. Besitz weicher Drogen, Störungen der öffentlichen Ordnung). Gleichzeitig folgt aus der kleinräumigen Differenzierung der Statistiken, dass Kriminalität als Problem bestimmter Orte und Quartiere und nicht als ein gesellschaftliches Problem erfasst, dargestellt und bewertet wird.

4.2 Die Banlieues als Orte von Fremdheit

Bereits seit den 1990er-Jahren werden die *Banlieues* in den Medien mit dem Maghreb und dem Islam verknüpft. So zeigt eine Untersuchung des *Banlieue*-Diskurses der Jahre 1995 bis 2006 in der französischen Referenzzeitung *Le Monde*¹⁶, dass Wörter wie *beur*, *maghrébin* (maghrebinisch/nordafrikanisch), *algérien* (algerisch), *marocain* (marokanisch) und *arabe* (arabisch) im Kontext von *banlieue(s)* deutlich häufiger auftauchen als in den übrigen Presstexten.¹⁷

Auffällig ist dabei die zunehmende Abwertung des Begriffs *Beur*. Das aus der Verdrehung des Wortes *arabe* entstandene *Beur* nutzen Jugendlichen in der Pariser *Banlieue*, deren Eltern oder Großeltern aus dem Maghreb zugewandert waren, ab den 1980er-Jahren, um einen Anspruch auf eine eigene kulturell-ethnische Identität auszudrücken (siehe Kasten 2). Die Untersuchung der Berichterstattung in *Le Monde* zeigt allerdings, dass *Beur* seit den 1990er-Jahren in zunehmenden Maße mit Begriffen wie „Fundamentalismus“, „Anschlag“ und „Terrorismus“ verbunden wird. *Beur* wird zu einem Stigmawort (*Noiriel* 2006). Deutlich zeigt sich diese Tendenz beispielsweise auch in folgendem Zitat: „Das Zuchtbecken der benachteiligten Stadtteile kann Allah-fanatikern kleine *Beur*-Soldaten liefern, die bereit sind, Selbstmordattentäter zu werden“ (*Le Monde*, 27.01.1995¹⁸). Von einem Begriff, der in den 1980er-Jahren eher eine eigene kulturelle Identität bezeichnete (und damit herstellte), ist *Beur* zu einem Begriff geworden, der die Jugendlichen in den *Banlieues* als fremd und gefährlich beschreibt. Die jugendlichen *Beurs* werden als „ein Feind im Inneren“ beschrieben (*Rigouste* 2005).

Im Nachgang der Unruhen von 2005 kann nun beobachtet werden, dass die *Krise der Vorstädte* in zunehmendem Maß auf eine mangelnde Integration von als ethnisch beziehungsweise religiös different beschrie-

bener Gruppen zurückgeführt wird. In Politik und Medien wird *Banlieue* nicht nur mit *arabe*, *islam*, *musulman* etc. verknüpft, sondern darüber hinaus auch mit Begriffen wie *ethnique* (ethnisch) oder *noir* (schwarz).

Im Kontext dieser weiteren Ethnisierung des *Banlieues*-Diskurses entstehen in den letzten Jahren zahlreiche neue Organisationen, die sich selbst als Vertretung ethnisch beziehungsweise religiös definierter Gruppen präsentieren – wie der 2005 neu gegründete Zentralverband der Schwarzen CRAN (*Conseil Représentatif des Associations Noires*). Diese Organisationen führen die Krise der Vorstädte auf eine rassistisch begründete Benachteiligung ethnischer und religiöser Minderheiten in der französischen Gesellschaft zurück. Sie fordern eine Ergänzung der *Politique de la ville* um eine personenbezogene positive Diskriminierung. Das heißt, sie fordern Quoten beispielsweise für Schwarze auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, in der Politik sowie im Bildungssystem. Als Grundlage für diese Maßnahmen halten sie die ethnische Differenzierung bei den Volkszählungen für unabdingbar.

Andere Organisationen, wie die *Indigènes de la République* (die „Eingeborenen der Republik“) kritisieren allerdings Ideen einer Sonderbehandlungen für ethnisch definierte Gruppen. Sie verurteilen zwar ebenfalls den Rassismus der französischen Mehrheitsgesellschaft – führen diesen aber dezidiert auf eine fehlende Auseinandersetzung mit der kolonialen Vergangenheit zurück. Sie argumentieren, dass die französische Mehrheitsgesellschaft die *Banlieues* und ihre Bewohner genau so behandeln, wie während der Kolonialzeit die Kolonien und die Eingeborenen, das heißt die *Indigènes*, behandelt wurden (ähnlich argumentiert *Lapeyronnie* 2005, S. 210, 217). Die *Politique de la ville* und die Sicherheitspolitiken verurteilen sie letztlich als staatliche Unterdrückungsinstrumente. Sie fordern daher einen grundlegenden Politikwechsel, der die Mechanismen von Diskriminierung und Segregation aufbricht, sowie eine grundlegende Neuausrichtung des Selbstverständnisses und der Identität der französischen Mehrheitsgesellschaft, die es „auch den Kindern der ehemaligen Kolonialisierten“ ermöglicht, sich als französische Bürger zu identifizieren.

Die Politik reagiert auf diese Herausforderung bislang nur zögerlich. Innerhalb der *Politique de la ville* zeigen sich seit 2005 einige Tendenzen, sich explizit Fragen der Immigration und der Integration anzunehmen. So soll sich die unmittelbar in Reaktion auf die Unruhen gegründete *Agence*

Exkurs: Der Begriff *Beur* als identitätsstiftende Selbstbezeichnung

Das Wort *Beur* ist eine Umformung des Wortes *arabe* (Araber, arabisch) in der französischen Jugendsprache *Verlan* (von *envers*, das heißt anders herum). Ausgehend von französischen Begriffen werden im *Verlan* Wörter umgeschrieben, mit anderen Sprachen gemischt und grammatikalisch verändert. *Verlan* wurde von Jugendlichen aus der *Banlieue* erfunden (Basier und Bachmann 1984). *Beur* wird seit den 1980er-Jahren von Nachfahren nordafrikanischer Einwanderer als Selbstbezeichnung gebraucht (Méla 1991, 1997). Der *Marche des Beurs* im Jahr 1983 (*Demonstration für Gleichheit und gegen Rassismus*) und die Gründung des Radiosenders *Beur FM* sind Ausdruck dieser identitätsstiftenden Selbstbezeichnung.

Kasten 2

nationale pour la cohésion sociale et l'égalité des chances (Nationale Behörde für sozialen Zusammenarbeit und Chancengleichheit) unter dem Motto *Diversité/Égalité* (Vielfalt und Gleichheit) im Rahmen der *politique de la ville* um das Thema Integration kümmern. Gewissermaßen als Antwort auf die Diskussion über eine Neuausrichtung der Identität der französischen Gesellschaft und einer Aufarbeitung der Kolonialgeschichte wurde in der konservativen Regierung unter Präsident *Sarkozy* ein Ministerium für „Immigration, Integration und nationale Identität“ geschaffen.

5 Fazit: die Zuschreibung gesellschaftlicher Probleme auf bestimmte Räume und Gruppen

Es lässt sich zeigen, dass die *Krise der Vorstädte* seit den 1970er-Jahren als Problem spezifischer Stadtviertel konstituiert wurde. Die *Politique de la ville* zielt in wechselnden Schwerpunktsetzungen auf die städtebauliche und sozialstaatliche Förderung staatlich definierter Problemviertel. Über den Umweg einer gezielten Förderung spezifischer Stadtteile wurden damit soziale Probleme angegangen, die vor allem durch den wirtschaftlichen Strukturwandel ausgelöst worden waren. Der territoriale Ansatz der *Politique de la ville* kann die Konzentration sozialer Problemlagen allerdings nicht lösen, da er nur auf die Symptome ausgerichtet ist und die grundlegenden so-

zio-ökonomischen Strukturen und Prozesse unverändert lässt – im Gegenteil, das Prinzip des zonage, das heißt der staatlichen Definition von bestimmten Zonen als „Problemgebiete“, hat die Stigmatisierung bestimmter Viertel vielfach sogar verstärkt. Ab den 1990er-Jahren wird die Krise der Vorstädte in zunehmendem Maße als Sicherheitsproblem gedeutet. In diesem Zusammenhang wird das Strafrecht verschärft und damit werden Taten, die vorher als Ordnungswidrigkeiten eingestuft wurden, kriminalisiert. Die Polizei wird in Richtung einer eingreifenden Taktik um- und ausgebaut. Gesellschaftliche Unsicherheit und Kriminalität werden dabei als ein räumliches Problem bestimmter Orte und ihrer Bewohner gefasst.

Eng verknüpft ist die Krise der Vorstädte zudem mit Fragen der gesellschaftlichen Integration beziehungsweise Stigmatisierung ethnisch definierter Minderheiten – insbesondere den so genannten „sichtbaren Minderheiten“, das heißt Menschen mit Migrationshintergrund aus dem Maghreb beziehungsweise dem subsaharischen Afrika. In zunehmenden Maße werden die *Banlieues* als Orte der Fremdheit konstituiert. Vor dem Hintergrund des republikanischen Politik- und Gesellschaftsmodells war die Vorstellung einer ethnisch differenzierten Gesellschaft lange Zeit kein Thema und damit auch kein Handlungsfeld der französischen Innenpolitik. Mehrere Autoren argumentieren, dass die *Politique de la ville* daher als ein Versuch gewertet werden kann, Probleme der gesellschaftlichen Integration einer ethnisch differenzierten Gesellschaft sozusagen in einem doppelten Umweg zunächst als soziale Probleme zu fassen und dann diese sozialen Probleme über das Territorium anzugehen (siehe insbesondere Doytcheva 2007).

Insgesamt verstellen die Zuschreibung der Krise auf bestimmte Stadtviertel und die areabasierten Ansätze der *Politique de la ville* den Blick dafür, dass es sich letztlich um gesamtgesellschaftliche Probleme handelt.

■ Anmerkungen

¹ Siehe beispielsweise: Pornschlegel, C. (2005): Angriffe gegen die „Bastion des Absurden“. Die französische Vorortrevolte offenbart die Grenzen der Integrationspolitik. *Süddeutsche Zeitung* vom 7.11.2005.

² Brennende Vorstädte: Politiker warnen vor Krawallen wie in Frankreich. *Spiegel-Online* vom 6.11.2005 (www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,383563,00.html; 5.9.2008).

³ Mehrere Autoren haben darauf hingewiesen, dass man trotz dieser Bilanz von Gewalt und Zerstörung nicht aus dem Blickfeld verlieren sollte, dass die Jugendunruhen in Frankreich 2005 anders als städtische Jugendunruhen in Großbritannien und den USA der letzten Jahre nicht beziehungsweise kaum von Gewalt

gegen Personen bestimmt waren (s. bspw. Lagrange und Oberti 2006).

⁴ *Après l'éruption de la violence dans les périphéries, l'urbanisme et l'architecture des grands ensembles sont à nouveau en accusation.*

⁵ Der Begriff Delinquenz (*délinquance*) wird im Französischen zunehmend für alle Arten von Übergriffen, Sachbeschädigungen, Diebstählen, Gewalttaten, Unruhen sowie Aktivitäten organisierter Kriminalität gebraucht. Damit werden sprachlich und institutionell kleinere Ordnungswidrigkeiten gleich behandelt wie schwere Verbrechen.

⁶ *La première cause du désespoir dans les quartiers, c'est le trafic de drogue, la loi des bandes, la dictature de la peur ...*

⁷ *En France, on aimerait bien réduire ces émeutes à leur dimension sociale, les voir comme une révolte des jeunes des banlieues contre leur situation, contre la discrimination dont ils souffrent, contre le chômage. Le problème est que la plupart de ces jeunes sont des Noirs ou des Arabes avec une identité musulmane.*

⁸ *les parties extérieures d'une agglomération*

⁹ *Je suis arrivé à Grigny pour avoir un appartement plus confortable parce que j'habitais dans un vieil immeuble, vraiment en mauvais état, dans le 7ème arrondissement. J'ai connu Grigny par des publicités dans des journaux. Je suis venu voir le hall de vente, ça m'a paru pas mal (...).*

¹⁰ *Grigny II affronte et surmonte le paradoxe béton-bonheur, Grigny II baisse les prix de façon spectaculaire tout en augmentant le standing de façon inespérée.*

¹¹ *Et comment ne pas voir que la sûreté est, en général, le plus menacée dans les quartiers les plus déshérités de nos villes et de nos banlieues, là où l'intégration des jeunes à la République, et notamment des jeunes d'origine étrangère, rencontre le plus d'obstacles, là où les valeurs républicaines sont le moins bien comprises, parce qu'elles apparaissent si loin de la réalité ? (Ausführungen des Innenministers Jean-Pierre Chevènement, zur Rolle der Polizei und der Mobilisierung der öffentlichen Hand, der lokalen Volksvertreter und Vereinigungen bei der Umsetzung einer quartierbezogenen Sicherheitspolitik gegen das Anwachsen der Kriminalität und Unsicherheit, Villepinte, 24./25. Oktober 1997).*

¹² *La réalité de nos banlieues c'est que nous avons accepté que la loi des bandes s'impose au détriment de celle de la République, que des gens vivent dans la peur entretenue par les trafiquants et les bénéficiaires des trafics (...). Pour ce qui est de notre politique de sécurité, la démonstration a été faite: elle doit être une priorité absolue de l'action de l'Etat dans ces quartiers. La restauration de la sécurité est le corollaire indispensable du succès de toutes les démarches d'intégration et d'égalité des chances ... (Nicolas Sarkozy, Minister des Innern und für Raumplanung und Präsident der UMP, Paris, 28. November 2005).*

¹³ Siehe beispielsweise den Artikel von Patrick Roger in *Le Monde* vom 30. November 2005.

¹⁴ Quelle: <http://www.cls.interieur.gouv.fr/> (28.08.2008)

¹⁵ *Rassemblements menaçants ou hostiles dans les halls d'immeubles.*

¹⁶ Die lexikometrisch-quantitative Untersuchung der Korpora von Artikeln der Tageszeitung „Le Monde“, die sich mit den französischen Banlieues beschäftigen, besteht aus Berechnungen der (absoluten) Häufigkeit jedes Wortes im Korpus und aus der (relativen) Relevanz jedes Wortes in der Umgebung von Banlieue. Durch diese beiden Werte entstehen Schlüsselwörter, die die banlieues diskursiv konstituieren.

¹⁷ Dabei wurden die Artikel der Jahre 1995 bis 2006, in denen das Wort *banlieue* im Singular oder Plural auftritt, mit der gesamten Berichterstattung verglichen. Die höchste Signifikanz zeigt sich dabei für *beur*, d. h. das Wort *beur* wird deutlich häufiger im

Kontext von *banlieue* benutzt als im Rest der Berichterstattung.

¹⁸ *Le vivier des quartiers déshérités peut fournir aux fous d'Allah des petits soldats beurs prêts à jouer les kamikazes.*

■ Literatur

- Anderson, A. und H. Vieillard-Baron (2003): *La politique de la ville. Histoire et organisation*. Paris
- Avenel, C. (2004): *Sociologie des quartiers sensibles*. Paris
- Avery, D. (1997): *Civilisations de La Courneuve: images brisées d'une cité*. Paris
- Basier, L. und C. Bachmann (1984): *Le verlan: argot d'école ou langue des Keums?* In: *Mots - Les langages du politique* 8 (1): 169–187
- Bauhardt, C. (2005): *Die politique de la ville in Frankreich*. In: S. Greiffenhagen und K. Neller (Hrsg.): *Praxis ohne Theorie? Wissenschaftliche Diskurse zum Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die Soziale Stadt“*. Wiesbaden: 393–406
- Belina, B. (2006): *Raum, Überwachung, Kontrolle: vom staatlichen Zugriff auf städtische Bevölkerung*. Münster
- Berthelot, J. W. et al. (1997): *La Courneuve. La cité des „4000“*. In: Collectif (Hrsg.): *En marge de la ville, au coeur de la société: ces quartiers dont on parle*. Paris: 67–112
- Bonelli, L. (2008): *La France a peur - Une histoire sociale de l'„insécurité“*. Paris
- Boyer, J.-C. (2000): *Les banlieues en France: territoires et sociétés*. Paris
- Castro, R. (2007): *Faut-il passer la banlieue au Kärcher?* Paris
- Cubero, J. (2002): *L'émergence au coeur de la fracture sociale des banlieues*. Toulouse
- Dangschat, J. (1988): *Gentrification. Der Wandel innenstadtnaher Wohnviertel*. In: J. Friedrichs (Hrsg.): *Soziologische Stadtforschung*. Opladen: 272–292
- Delarue, J.-M. (1991): *Banlieues en difficultés: la relégation*. Paris
- Direction des Journaux Officiels (1996): *Loi n° 96-987 du 14 novembre 1996 relative à la mise en oeuvre du pacte de relance pour la ville*. In: *Journal officiel de la République Française* du 15 novembre 1996: 16656–16667
- DIV (2003): *Historique législatif des ZUS – ZRU – ZFU*. Internet: <http://i.ville.gouv.fr/divbib/doc/creationdesZUS.pdf> (04.09.2007)
- DIV (2005): *Les politiques de la ville depuis 1977. Chronologie des dispositifs*. Internet: <http://i.ville.gouv.fr/divbib/doc/chronopolvil14062004.pdf> (03.09.2007)
- DIV (2006a): *Contrats urbains de cohésion sociale (CUCS). Fiches thématiques*. Internet: http://i.ville.gouv.fr/divbib/doc/CUCS_fiches_thematiques.pdf (05.09.2007)
- DIV (2006b): *La future politique de la ville se met en place*. In: *La lettre de la DIV* 112: 1–3
- DIV (2007): *Les CUCS*. Internet: <http://www.ville.gouv.fr/politique-de-la-ville/cucs.htm> (03.09.2007)
- Donzelot, J. (2004): *La ville à trois vitesses: relégation, périurbanisation, gentrification*. In: Esprit (Hrsg.): *La ville à trois vitesses: gentrification, relégation, périurbanisation*. Paris: 14–39
- Donzelot, J. (2006): *Quand la ville se défait. Quelle politique face à la crise des banlieues?* Paris
- Doytcheva, M. (2007): *Une discrimination positive à la française? Ethnicité et territoire dans les politiques de la ville*. Paris
- Durth, W. und N. Gutschow (1988): *Träume in Trümmern. Planungen zum Wiederaufbau zerstörter Städte im Westen Deutschlands 1940–1950*. Braunschweig

Giraud, B. (2006): *Banlieues: Insurrection ou ras le bol? Le Kremlin-Bicêtre*

Glazze, G., R. Pütz und M. Rolfes (2005): Die Ver-räumlichung von (Un-)Sicherheit, Kriminalität und Sicherheitspolitiken. In: G. Glazze, R. Pütz und M. Rolfes (Hrsg.): *Stadt – (Un-)Sicherheit – Diskurs*. Bielefeld (= *Urban Studies*): 13–58

Jacquesson, F. (2006): Les zones urbaines sensibles franciliennes: des réalités diverses. In: à la page 271: 1–8

Jaillet, M.-C. (2003): La politique de la ville en France: histoire et bilan. In: *Regards sur l'actualité* 296: 5–24

Lagrange, H. und M. Oberti (2006): *Intégration, ségrégation et justice sociale*. In: H. Lagrange und M. Oberti (Hrsg.): *Émeutes urbaines et protestations. Une singularité française*. Paris: 11–36

Lapeyronnie, D. (2005): La banlieue comme théâtre colonial, ou la fracture coloniale dans les quartiers. In: P. Blanchard, N. Bancel und S. Lemaire (Hrsg.): *La fracture coloniale: la société française au prisme de l'héritage colonial*. Paris: 209–218

Le Goaziou, V. und C. Rojzman (2001): *Les Banlieues*. Paris

Lévy, A. (2002): De l'îlot insalubre au quartier sensible: permanence et continuité dans les politiques urbaines. In: G. Baudin und P. Genestier (Hrsg.): *Banlieues à problèmes – La construction d'un problème social et d'un thème d'action publique*. Paris: 31–46

Mauger, G. (2006): *Les bandes, le milieu et la bohème populaire. Études de sociologie de la déviance des jeunes des classes populaires (1975–2005)*. Paris

Méla, V. (1991): Le verlan ou le langage du miroir. In: *Langages* 25 (101): 73–94

Méla, V. (1997): Verlan 2000. In: *Langue française* 114 (1): 16–34

Merlin, P. (1998): *Les banlieues des villes françaises*. Paris

Mouhanna, C. (2008): Police: de la proximité au maintien de l'ordre généralisé? In: L. Mucchielli (Hrsg.): *La frénésie sécuritaire: retour à l'ordre et nouveau contrôle social*. Paris: 64–76

Mucchielli, L. (2006): Introduction générale. Les émeutes de novembre 2005: les raisons de la colère. In: L. Mucchielli und V. Le Goaziou (Hrsg.): *Quand les banlieues brûlent. Retour sur les émeutes de novembre 2005*. Paris: 5–30

Mucchielli, L. (2008): Faire du chiffre: le „nouveau management de la sécurité“. In: L. Mucchielli (Hrsg.): *La frénésie sécuritaire. Retour à l'ordre et nouveau contrôle social*. Paris: 99–112

Noiriel, G. (2006): „Color blindness“ et construction des identités dans l'espace public français. In: D. Fassin und E. Fassin (Hrsg.): *De la question sociale à la question raciale: représenter la société française?* Paris: 158–174

Paulet, J.-P. (2004): *Les banlieues françaises*. Paris

Pletsch, A. (1997): Allgemeine Kennzeichen der Stadtentwicklung in Frankreich mit Vergleichen zur Bundesrepublik Deutschland. In: A. Pletsch (Hrsg.): *Paris auf sieben Wegen. Ein geographischer Stadtführer*. Darmstadt: 33–97

Rigouste, M. (2005): L'armée et la construction de l'immigration comme menace. In: P. Blanchard und N. Bancel (Hrsg.): *Culture post-coloniale 1961–2006. Traces et mémoires coloniales en France*. Paris: 113–124

Rigouste, M. (2008): La guerre à l'intérieur: la militarisation du contrôle des quartiers populaires. In: L. Mucchielli (Hrsg.): *La frénésie sécuritaire – Retour à l'ordre et nouveau contrôle social*. Paris: 88–98

SIG DIV (2008): Profil Général des Zones Urbaines Sensibles en France Internet: <http://sig.ville.gouv.fr/Tableaux/FR> (21.08.2008)

Soulinac, F. (1993): *La banlieue parisienne: cent cinquante ans de transformations*. Paris

Subra, P. (2006): Heurs et malheurs d'une loi anti-ségrégation: les enjeux géopolitiques de la loi Solidarité et renouvellement urbain (SRU). In: *Hérodote* 122: 138–171

Thinard, F. (2008): *Les banlieues*. Paris

Vieillard-Baron, H. (1994): *Les banlieues françaises ou le ghetto impossible. La Tour-d'Aigues*

Vieillard-Baron, H. (1996): *Les banlieues. Un exposé pour comprendre*. Paris

Vieillard-Baron, H. (1999): *Les Banlieues. Des singularités françaises aux réalités mondiales*. Paris

Weber, F. (2007): *La politique de la ville en France et la ville sociale en Allemagne – une étude comparative*. Paris/Saint-Denis, Onlinepublikation: <http://i.ville.gouv.fr/divbib/doc/EtudeFweber.pdf> (07.09.2008)

Anschrift der Verfasser

PD Dr. Georg Glazze, Dr. Méline Germes, Florian Weber, Johannes-Gutenberg-Universität Mainz, Geographisches Institut, 55099 Mainz

Unsicherheit, Vertreibung, Flucht

Migration und Gewalt im subsaharischen Afrika

Fred Krüger In Afrika südlich der Sahara und hier insbesondere in der Großregion rund um den Viktoriasee sind so viele Menschen auf der Flucht wie nur an wenigen anderen Orten der Erde. Die Schreckensbilder der großen Flüchtlings- und Vertriebebenenströme verstellen jedoch den Blick auf ein sehr viel differenzierteres Migrationsgeschehen. Im fernen Europa erfahren wir wenig darüber, mit welchen Unsicherheiten, Herausforderungen, Chancen und Risiken die unfreiwilligen Migranten konfrontiert sind. ■

1. United in Diversity: Migration als Konfliktstoff

Im Frühjahr 2008 erreichen uns erschreckende, verunsichernde Meldungen aus Südafrika: In den Townships kommt es zu Gewaltausbrüchen, die Nachrichtenbilder erinnern uns an dunkle Apartheitszeiten. Aber diesmal sind es keine Vertreter einer weißen Staatsmacht, die auf schwarze Bürger einprügeln. Es sind Krawalle Schwarz gegen Schwarz. Menschen werden angezündet und kommen grausam zu Tode, Hunderte

suchen Schutz in Polizeistationen und Kirchen, Tausende fliehen aus den Townships, verlassen das Land. Innerhalb weniger Wochen sind Dutzende von Todesopfern und unzählige Verletzte zu beklagen. Die Bilder, die wir in den Hauptnachrichten über den Bildschirm flackern sehen, scheinen uns allzu vertraut – sie passen gut in unsere Vorstellungen zu Afrika als Kontinent der Gewalt, des Plünderns und des Elends. Was uns verunsichert: Hier dreschen Afrikaner auf Afrikaner ein, und das ausgerechnet in Südafrika, jenem Land, das doch als Symbol für

Aussöhnung und friedliches Miteinander steht. Derartige Gewaltszenen meinten wir nur aus Ruanda, aus Liberia oder Sierra Leone zu kennen, oder eben aus einem Südafrika der Apartheid, seit fast zwei Jahrzehnten Vergangenheit.

Die Angriffe in Alexandra, Diepsloot und anderen Vororten der Großstädte richten sich vor allem gegen Ausländer, gegen Migranten aus den Nachbarstaaten Südafrikas, aber auch gegen Zuwanderer aus ländlichen Regionen des eigenen Landes. Der Fremdenhass entlädt sich nicht nur in Übergriffen auf Leib und Leben dieser Anderen. Ladengeschäfte von Ausländern werden geplündert, Unterkünfte in Brand gesteckt und somit die oft ohnehin nur spärlichen Lebensgrundlagen der Immigranten zerstört. Fast scheint es, die *Rainbow Nation* Südafrika, Metapher für einen bunten, friedvollen gesellschaftlichen Pluralismus, sei am Ende des Regenbogens angelangt (Duval Smith 2008, Knoll 2008).

Rasch kommt es jedoch zu Gegenreaktionen. Kirchen, Menschenrechtsorganisationen und andere soziale Bewegungen organisieren unter dem Motto *United in Diversity* Demonstrationen und Konzerte gegen Fremdenfeindlichkeit, die breiten Zuspruch finden. Spontan bekunden zahlreiche Bürger ihre Bestürzung über die Attacken und ihre Solidarität mit den Opfern. Die öffentliche